

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben.
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 282-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Dienstag
27. Januar 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Gesellschaft 4-5 Uhr
Verleger: Vorn-Guts-Verlag GmbH
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 2500-2507

Preußenkrise und Volkspartei.

Das Spiel mit dem Feuer.

Die Volkspartei hat im Reich wie in Preußen schwere politische Krisen herausbeschoren. Sie hat dabei ein Minimum an Verantwortungslosigkeit gezeigt. Mit derselben Leichtfertigkeit beginnt sie mit dem Gedanken der Staatskrise zu spielen. Herr v. Campe, den wir heute morgen zitierten, redete noch in dunklen Andeutungen. Ein Herr Buchhorn, Landtagsabgeordneter der Volkspartei, Berliner Vertreter des „Hannoverschen Kurier“, wird deutlicher:

„Ich um ganz klar zu sprechen, und um beim Zentrum nicht mit Händen zu werden, sei hier noch einmal unterstrichen, daß sich die Deutsche Volkspartei gegen jede wie auch immer geleitete Weimarer Koalition in schärfster Opposition befinden wird, und das auch, wenn diese Weimarer Koalition von einem Zentrumsmittglied geleitet werden sollte. Die Sachlage für die Opposition ist klar. Sie wird dann die Verfassungskrise zur Staatskrise treiben und nicht eher ruhen, als bis sich auf der Gegenseite die klare Erkenntnis durchgerungen hat, daß es so nicht weitergeht.“

Das ist doch ehrlich: Deutsche Volkspartei und Deutschnationale wollen die Regierungskrise zur Staatskrise treiben. Sie wollen die Staatskrise machen, als echte Putschisten einen Staatsstreich unternehmen.

Dagegen ist die „Nationalpost“ von heute morgen, die ebenfalls mit Staatsstreichgedanken spielt, noch zurückhaltender:

„Die Lage der Rechten ist so, daß sie für eine gewisse Zeit selbst ein auffälliges Zurückgehen ihrer Volkstümlichkeit ruhig auf sich nehmen kann. Es macht sich unter allen Umständen bezahlt! Alles in allem sind wir in beiden Kabinetten — dem im Reich und dem in Preußen — stärker als irgendwer sonst. Denn wir können unsere Minister zurückziehen, die anderen können es nicht, wenigstens nicht ohne Staatsstreich, der wieder ohne Hilfe der Reichswehr nicht möglich ist. Die Zurückziehung der Minister der Rechten wie der des Zentrums würde zu einem Chaos führen, ähnlich dem, wie es in der letzten Zeit im Reich und in Preußen abwärts einzutreten drohte. Dabei hört die Weimarer Demokratie schließlich auf zu funktionieren. Sie verrät sich. Eine Möglichkeit, mit der die Rechte sich zur Not abfinden könnte.“

Dies Spiel mit dem Gedanken der Staatskrise ist ein Spiel mit dem Feuer. Bei diesem Spiel geraten die Parteien der Rechten immer mehr in die Gedankengänge des Putschismus.

Wir glauben nicht, daß die guten Leute von der Volkspartei, die nach dem Vorbild der Deutschnationalen jetzt mit einer Staatskrise drohen wollen, feste Vorstellungen davon haben, was sie damit meinen und was eine wirkliche Staatskrise für Preußen und Deutschland bedeutet. Um so größer ist die Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit ihres Vorgehens.

Das Firmenschild dem Zentrum, die Macht den Deutschnationalen.

Bln, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Königliche Volkszeitung“ schreibt heute vormittag zur preussischen Krise:

„Die Wohl des Abgeordneten Borsch zum Ministerpräsidenten würden, wie aus unerbittlichen Äußerungen entnommen werden kann, auch die Rechten unter der Voraussetzung unterstützen, daß Ministerpräsident Borsch sein Ministerium ausdrücklich

aus den Parteien der Rechten zusammensetzt. Was das Firmenschild dem Zentrum, die tatsächliche Macht den Deutschnationalen! Die preussische Stimmung verdient gewiß Anerkennung, aber das Zentrum hat durchaus keine Neigung, den Rechten die Verantwortung abzunehmen. Nicht das Zentrum wünschte eine Aenderung der Parteinotifikation, sondern die Deutsche Volkspartei. Nicht das Zentrum hat mit allen Mitteln das Bestehende zum Sturz gebracht, als es für seine Wünsche kein Verständnis fand, sondern die Deutsche Volkspartei. Wer nicht die Kraft hat zum Neubau, darf auch das Bestehende nicht zerstören. Die Deutsche Volkspartei hat mutwillig eine Krisenperiode heraufbeschworen. Die Verantwortung für das Vorgehen wird ihr nicht abgenommen. Sie hat die Bahn frei, sie mag die Regierung bilden. Die Sieger haben das Wort.“

Luthers Note.

Die Antwort der neuen deutschnationalen Regierung auf die letzte Note der Alliierten wegen der Nichträumung Adias soll heute noch überreicht werden. Ueber ihren Inhalt erfährt man nur, daß sie „nicht sehr lang“ sein werde.

Nach der Ueberreichung wird der Wortlaut auch den deutschen Lesern zur Kenntnis gegeben werden.

Luthers Regierungsprelle und die „Henkerstricke von Paris“.

Reichskanzler Luther bezeichnete es als das nächste Ziel seiner Außenpolitik, mit den Regierungen der Entente in der Räumungsfrage zu Verhandlungen zu kommen. In der Tat gibt es keinen anderen Weg, um eine Regelung zu erzielen. Die Antwort der Vertragsmächte auf die Note des Außenministers Stresemann läßt darauf schließen, daß die Gegenseite eine Verschleppungspolitik befolgt, die zu überwinden notwendig, aber nicht ganz einfach sein wird. Deutschland ist einer neuen Geduldsprobe ausgesetzt und alles kommt darauf an, nicht die Nerven zu verlieren. Die deutschnationale Regierungsprelle scheint sie aber bereits verloren zu haben. Sie beantwortet die Kollektivnote der Entente mit Beschimpfungen und Rippeleien, die mit der von Herrn Luther so warm empfohlenen Politik der Sachlichkeit so viel zu tun haben wie Ochsengebrüll in einem Orchesterwerk. Die „Kreuzzeitung“ spricht von einer Perfidie, die ihresgleichen suche, schamlosen Verfahren und hofft, daß die Antwort der Regierung von demselben Geiste sein werde. Die „Deutsche Zeitung“ nennt die Ententenote eine bodenlose Unverschämtheit und schließt:

Ueber die Auslegung der Artikel 428 und 429 wollen wir uns mit den Henkerstricken in Paris nicht herumtreiben. Wo Lug und Trug zu Hause sind, hat man jedes Recht vermerkt, über die Auslegung des Wortes „getreulich“ Betrachtungen anzustellen.

Das ist die Fortsetzung des bisherigen Kurses der Außenpolitik, wie man sie auf der Rechten versteht. Es ist Sabotage der einzig möglichen Außenpolitik und die sicherste Methode, Verhandlungsmöglichkeiten zu verschütten. Und dann? Man darf Herrn Luther zu seiner deutschnationalen Regierungspartei beglückwünschen.

Gegenteil gesagt. In der französischen Kammer wird bereits in der Kommission ein Gesetzentwurf auf Ratifizierung des Abkommens von Washington beraten, der im Plenum nach Beisatzung des gegenwärtig zur Diskussion stehenden Budgets zur Verhandlung kommen wird. Die Vorlage enthält den Passus, daß das Gesetz in Wirksamkeit tritt, sobald auch Deutschland das Abkommen ratifiziert hat. Weiter behauptet die „Deutsche Tageszeitung“, „daß zurzeit in Frankreich der Achtstundentag lediglich auf dem Papier besteht“. Auf dem Papier der „Deutschen Tageszeitung“. Es handelt sich für Deutschland nicht darum, wie die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, mit der Ratifizierung voranzugehen, denn das Abkommen ist bereits von einer Reihe von Ländern ratifiziert worden, sondern gleichzeitig mit Frankreich, England und Belgien das Abkommen zu ratifizieren.

Frankreichs amerikanische Sorgen.

Vor einer Erklärung Herriots.

Paris, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Herriot, der am Mittwoch zu den Hauptproblemen der auswärtigen Politik Stellung nehmen wird, soll bei dieser Gelegenheit auch eine Erklärung über die alliierten Schulden abgeben, die in jüngster Zeit Anlaß zu einer starken Verstimmung zwischen Frankreich und Amerika gegeben habe. Der vom französischen Finanzminister gemachte Vorschlag, daß Frankreich bereit sei, seine Schuld anzuerkennen, wenn es von Amerika ein fünfjähriges Moratorium und eine Frist von 90 Jahren zur Rückzahlung eingeräumt bekäme, ist bekanntlich von der amerikanischen Regierung zurückgewiesen worden. Darüber hinaus hat die amerikanische Finanz mit dem Abbruch der Geschäftsbeziehungen gedroht und bereits mit einer Sperrung des Kredits begonnen. Mit um so größerer Spannung sieht man daher den Erklärungen Herriots entgegen.

Der Hermann-Prozess.

Von Kurt Rosenfeld.

Am 23. Januar 1925 wurde Karl Hermann, der bewährte thüringische Innenminister, in zweiter Instanz von der Anklage der Urkundenfälschung freigesprochen, ebenso auch die mitangeklagten parteigenösslichen Kreisdirektoren, die wegen Beihilfe zur Urkundenfälschung angeklagt waren. Damit hat ein Verfahren sein Ende erreicht, das keinesgleichen in der Geschichte der deutschen Justiz nicht hat.

Es war am 2. Januar 1924, zur Zeit der Reichswehrherrschaft in Thüringen, als der Telegraph bis in die entferntesten Orte meldete: „Der sozialdemokratische Minister Hermann ist in Weimar auf der Straße verhaftet worden, weil er Urkundenfälschung begangen hat!“ Überall fiel die Presse über diesen fetten Bissen her, und die Zeitungen überboten sich förmlich in der Ausmalung der fürchterlichen Schandthaten, die Hermann begangen haben sollte und die der Sozialdemokratie aufs Konto gesetzt wurden. In der Rechtsprelle konnte man lesen: „Das Lumpengesinde in Weimar ist verhaftet!“, und die kommunistische Presse schrieb über den „korrupten Fälscher Hermann“. Im thüringischen Landtagswahlkampf im Februar 1924 spielte der Fall Hermann eine große Rolle. Auf seiner Ausschlichtung gegen die Sozialdemokratie beruhte der für die Linke ungünstige Wahlausfall und damit die heutige „Ordnungsregierung“ in Thüringen.

Wir, die wir Hermann kannten, wußten natürlich sofort, daß er kein Urkundenfälscher war. Wir ergriffen unverzüglich für ihn Partei, weil uns klar war, daß es keinen untadeligeren Mann gab. Aber was nützte in den ersten Tagen nach seiner Verhaftung diese lediglich auf die Persönlichkeit des Verhafteten abgestellte Verteidigung! Sie konnte über den Rahmen der Partei hinaus nicht wirken.

Erst allmählich erfuhr man, worum es sich handelte: Die Beschuldigung ging dahin, daß Hermann eine Anzahl von Urkunden über die Anstellung von Beamten unter einem späteren Datum unterzeichnet haben sollte, als aus den Urkunden ersichtlich war, und zwar, um noch nach der Anstellungssperre einige Parteigenossen zu Beamten ernennen zu können. Das war alles!

Und deshalb Verhaftung eines aktiven Ministers auf offener Straße! Er sollte fluchtverdächtig sein, und dabei befand er sich bei der Festnahme auf dem Wege vom Bahnhof Weimar nach seinem Ministerium!

Nach und nach löstete sich der Schleier, der über dieser höchst sonderbaren Verhaftung lag: Es kam heraus, daß der Heeresanwalt Rothermund, der juristische Berater des Reichswehrgenerals Haase, auf den zuständigen Staatsanwalt einen Druck ausgeübt und ihn zur Festnahme Hermanns bestimmt hatte. Es wurde bekannt, daß dieser Heeresanwalt den Vernehmungen, die der Staatsanwalt anstellte, beiwohnte und sich sogar das Recht herausnahm, in die Vernehmungen persönlich einzugreifen. Nur dem Glückfall, daß der Prozeß nach Eröffnung der Voruntersuchung an einen Untersuchungsrichter gelangte, an welchem alle Einschüchterungsversuche abprallten, war es zu verdanken, daß Genosse Hermann wenigstens nach dreimonatiger Untersuchungshaft freigelassen wurde.

Die Staatsanwaltschaft Weimar, kompromittiert durch die Einleitung des Verfahrens, erhob die Anklage, und zwar eine sehr schwere Anklage, eine Anklage wegen mehrfacher Verbrechen! Es wurde Hermann zur Last gelegt, vorzüglich in zahlreichen Fällen als Beamter eine rechtlich erhebliche Tatsache falsch beurkundet zu haben, und zwar in der Absicht, sich oder einem anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Darauf steht Zuchthaus!!! Zuchthaus bis zu 10 Jahren und Geldstrafe von 150 M bis zu 3000 M! Die Anklage ging davon aus, daß Hermann wegen der Beamtenperre Parteigenossen unter Fälschung der Anstellung zu Beamten gemacht und ihnen damit Vermögensvorteile zugewendet haben sollte.

Schon in der mündlichen Verhandlung erster Instanz brach die Anklage zusammen. Bereits im Urteil des Schöffengerichts wurde festgestellt:

„Damit soll nicht gesagt sein, daß Parteivirtschaft getrieben worden sei. Es ist in der Verhandlung nichts dafür hervorgetreten, daß es dem Angeklagten darum zu tun gewesen sei, Parteigenossen lediglich deshalb in den Genuß von Staatsstellen zu bringen, weil sie Parteigenossen waren. Im Gegenteil sind nach den Zeugenaussagen die meisten der 13 Stellenanwärter wohl nicht Parteigenossen des Angeklagten Hermann gewesen. Aus Eigennutz hat der Angeklagte nicht gehandelt.“

Das Schöffengericht sprach ausdrücklich aus, daß Hermann „lautere und edle Motive nicht abgeprochen werden können“, und es lehnte daher die Annahme, daß Hermann mit der Unterschreibung unrichtig datierter Urkunden Vermögensvorteile verschaffen wollte, ab. Verurteilte ihn aber immerhin noch wegen einfacher falscher Beurkundung und die mitangeklagten Kreisdirektoren wegen Beihilfe zu Geldstrafen.

Daß die Verteidigung Hermanns gegen dies Urteil Berufung einlegte, war selbstverständlich. Aber auch die Staatsanwaltschaft Weimar beruhigte sich bei diesem ersten Urteil nicht; auch sie appellierte an die Strafkammer. Diese hat jetzt nochmals den ganzen Sachverhalt geprüft, und sie kam zu dem Ergebnis, daß dem Genossen Hermann auch nicht eine einfache Fälschung zur Last gesetzt werden könne, ebenso nicht den Kreisdirektoren eine Beihilfe

Die Schutzollpläne der Schwerindustrie. Der Geheimvertrag der deutschen und französischen Industriellen.

Paris, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der „Temps“ veröffentlicht am Montagabend ein Protokoll, das am 18. Dezember über die zwischen deutschen und französischen Industriellen geführten Verhandlungen unterzeichnet worden war. An bekannten Namen sind darunter: Fritz Thyssen, Stöcker, Kongeter, Bücher, v. Kaumer usw. Dieses Protokoll enthält bestimmte Vorschläge für einen Vertrag zwischen der Schwerindustrie beider Länder. Danach soll von der eisenerzeugenden Industrie eine gemeinsame Kasse errichtet werden, von der den Verbrauchern eine Vergütung für die Erzeugnisse der Schwerindustrie gewährt werden, die für die Ausfuhr verarbeitet werden. Die Vergütung soll sich nach dem Unterschied zwischen den Weltmarktpreisen und den innerdeutschen Preisen richten. Als Bedingung für das endgültige Zustandekommen des Abkommens, das im Laufe weiterer Verhandlungen in Düsseldorf stattfinden soll, verlangt die eisenerzeugende Industrie einen genügenden Zollschutz.

Die Ratifizierung des Achtstundentags.

In der „Deutschen Tageszeitung“ wird das Interview mit dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, das wir in unserer Montag-Abendausgabe veröffentlichten in sein Gegenteil verkehrt. Das Blatt stellt es so hin, als hätte Albert Thomas erklärt, daß Frankreich und Belgien mit der Ratifizierung des Abkommens von Washington so lange warten wollen, „bis Deutschland das Abkommen angenommen habe, um dann — angeblich — ihrerseits das Gleiche zu tun“. Nun hat Albert Thomas bekanntlich gerade das

zu diesem Vergehen. Auch das Landgericht erkannte den un-
tadeligen Charakter Hermanns an und sprach
ihn wie die mitangelegten Kreisrichter von jeder Anklage
frei. Es mußte auf Freisprechung erkennen, weil sich in der
Berufungsinanz noch klarer als schon vor dem Schöffens-
gericht herausstellte, daß das Datum in Anstellungs-
urkunden, besonders wenn wie nach thüringischem Recht die
Anstellung eines Beamten erst mit Aushändigung der Ur-
kunde als erfolgt anzusehen ist, rechtlich unerheblich
ist. Das mußte in der zweiten Instanz unter dem Druck der
Anwesenheit eines Vertreters der preussischen Staatsverwal-
tung selbst der thüringische Ministerialbeamte zugeben, der
durch sein Verfehlen das ganze Verfahren erst möglich
gemacht hatte. Hätte er im Vorverfahren dieselbe Erklärung
abgegeben, die dann in der Berufungsverhandlung eine Sen-
sation war, so hätte nicht einmal die thüringische Staats-
anwaltschaft die Anklage erheben können.

Es wurde allerdings der Verteidigung nicht leicht ge-
macht, vor aller Öffentlichkeit festzustellen, daß in der Ver-
waltungspraxis solche Vorkommnisse etwas Alltägliches sind.
Auf Antrag der Verteidigung hatte das Gericht nicht nur die
Ladung des preussischen Ministerialrats Brandt, sondern
auch die des Ministerialdirektors Dr. Falk aus dem Reichs-
ministerium des Innern als Sachverständige angeordnet. Herr
Schiele aber, der deutsche nationale neue Reichs-
innenminister, hatte die Genehmigung zur Aussage
verweigert, weil die Ablegung des Zeugnisses dem
Wohle des Reiches oder eines deutschen Landes Nachteile
bereiten würde. Aus dieser Verweigerung und ihrer Begrün-
dung geht allerdings hervor, daß Inkorrektheiten bei
Datierungen von Anstellungsurkunden etwas All-
tägliches sein müssen, da andernfalls kein Grund vorliegt,
den Schleier des Dienstgeheimnisses über diese Dinge zu
breiten.

Mit der Freisprechung Hermanns ist zwar das schreiendste
Unrecht, das an unserem Genossen verübt wurde, beseitigt,
eine völlige Wiedergutmachung aber ist nicht erfolgt. Denn nie-
mand kann dem Genossen Hermann für die unschuldig erlittene
freiwildige Unterwerfung und für die Besudelung
seines guten Namens durch die Hechpresse Ver-
gütung geben. Die Verleumdungen haben ihren Zweck erreicht:
Ueber ein Jahr lang konnte jeder dumme Junge ihn
beschimpfen und die Verleumdungen bis in die entfernteste
Hütte tragen. Von der Freisprechung aber wird kaum
Notiz genommen!

Das ganze Verfahren zeigt, wie man einen sozia-
listischen Minister behandeln zu können glaubt. In
Hermann sollte der Sozialdemokrat getroffen werden.
Die Parteilichkeit der Strafverfolgungsbehörde zeigte sich
klar. Der Prozeß muß ein neuer Anreiz sein, mit aller
Kraft eine durchgreifende Reform der deutschen
Justiz herbeizuführen.

Klärung in Hessen. Bürgerblock gescheitert.

Darmstadt, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhand-
lungen über die hessische Regierungsabänderung schienen nun auf einem
Wendepunkt angekommen zu sein. Trotzdem die Weimarer Koalition
in Hessen über eine tragfähige Mehrheit verfügt, scheiterten die Ver-
handlungen an den Forderungen des Zentrums, die Koalition
nach rechts zu erweitern. Das Zentrum versuchte nun eine Rechts-
regierung zustandezubringen mit Einschluß der Demokraten. Die
hessische Rechts- und Zentrumspresse suchte nun mit allerlei Schmei-
cheln die Demokraten zu einem Umstoß zu bewegen. Die Demo-
kraten beschloßen am Montag einstimmig, dem Zentrum folgende
Antwort zu geben:

„Die demokratische Partei übernimmt in keiner Form irgend-
welche Verantwortung für das Zustandekommen einer rechts-
gerichteten Regierungsabänderung. Eine Beteiligung
an einer solchen wird ebenso bestimmt abgelehnt wie eine Be-
günstigung oder Duldung. Die Arbeit der bisherigen Koalition
wurde vom hessischen Volke anerkannt. Die drei Koalitions-

parteien verfügen nach wie vor über eine ausreichende Mehrheit.
Im Interesse einer stetigen Landespolitik ist daher die Beibe-
haltung der Regierungskoalition aus Sozialdemokraten,
Zentrum und Demokraten zurecht das Gegebene. Wir
sehen Sie von diesem Beschlusse in Kenntnis mit der höchsten Bitte,
ihn den anderen in Betracht kommenden Fraktionen mitzuteilen.“

Damit haben die hessischen Demokraten einen konsequenten
Standpunkt eingenommen, der das Zustandekommen einer Rechts-
regierung in Hessen unmöglich macht. Ohne die Demokraten hat eine
Rechtsregierung in Hessen keine Mehrheit. Man kann gespannt sein,
welche Haltung nunmehr das Zentrum einnehmen wird.

Am kommenden Donnerstag findet die Wahl des Staats-
präsidenten durch das Plenum des Landtages statt. Dann wird
die Entscheidung fallen, ob der hessische Landtag dem Vorgehen des
Reichstags und des preussischen Landtags folgen will oder ob der
Wille der Wählerschaft, die in ihrer Mehrheit republikanisch wählt,
respektiert wird.

Ein kommunistisches Waffenlager. Explosionsstoff-Funde in Köln.

Köln, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Kölner
Kriminalpolizei gelang es in Köln in dem Hause Katharinen-
straße 7 ein Munitions- und Waffenlager auszuhobeln. Ge-
funden wurde eine fertige Bombe, ferner eine Menge Material
für etwa 50 weitere Bomben, außerdem Schusswaffen aller Art. Ein
Teil der gefundenen Waffen entstammte dem Kachener Polizeiprä-
sidium, wo sie anscheinend von längerer Zeit gestohlen wurden.
Der Wohnungsinhaber, ein bekannter Kölner Kommunist,
gab zu, die Waffen gehabt zu haben, die Bombe gegen die
Feinde der kommunistischen Partei verwenden zu
wollen. Ein zweiter im gleichen Hause wohnender Kommunist konnte
nicht gefasst werden.

Wir erfahren weiter, daß der Leiter des Roten Fron-
tämpferbundes in Köln als ehemaliger aktiver Offizier auf
Anordnung der britischen Besatzungsbehörden in Haft genom-
men worden ist. Ob seine Verhaftung im Zusammenhang mit dem
Waffenlager steht, konnte bis jetzt nicht ermittelt werden.

Stauung gegen den Chauvinismus. Kundgebung gegen antideutsche Treiberereien.

Kopenhagen, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der dänische
Staatsminister Stauung hielt in Dänisch-Nordschleswig eine
Rede, die als Stellungnahme der dänischen Regierung aufzufassen
ist. Nach einem Hinweis darauf, daß der Verlust Schleswigs 1864
nicht zuletzt durch einen damaligen dänischen Fehler verursacht
worden sei und daß die deutsche Sozialdemokratie schon seit 1902 für
eine Volksentscheidung in Nordschleswig eingetreten sei, gab Stauung
an, daß die Form und Regel der Abstimmung von 1920 von beiden
Seiten kritisiert werden könnten. Die neue Grenze sei aber eine
Tatsache, und von deutscher wie von dänischer Seite müsse man
sich hieran richten. Daraus folge, daß Dänemark die deutsche
Minderheit keinem Zwangsregiment unter-
werfen könne, wie auch die Form von Agitation für das Dänen-
tum Klugheit und Mäßigkeit zu zeigen habe. Jede Agitation oder
Propaganda, die Unfrieden und Unfreundschaft zwischen den beiden
Ländern stiften könne, sei verwerflich. Es gebe nur einen Weg:
die Verständigung zu fördern, und zwar durch Konferenzen, die nun
durch die Säußersprechungen in Kopenhagen auch offiziell auf-
genommen wären. Allerdings lebten gewisse chauvinistische
Stimmungen an der Grenze. Aber im Interesse des Dänen-
tums müßten die dänischen Nationen diesen Tendenzen entgegen-
wirken. Die Pläne, die in der letzten Zeit von unverantwortlichen
Personen vorgezeichnet worden, können nur dem dänischen Interesse
schädlich sein und vor allen Dingen den dänisch sprechenden Männern
und Frauen südlich der Grenze sehr schaden. Was in der Grenz-
frage geschehen würde, dürfe nur von der dem Volk gegenüber
verantwortlichen dänischen Regierung getan werden und unver-
antwortliche Kreise müßten sich unbedingt zurückhalten.

Diese letzten Worte Stauungs richteten sich gegen die Pläne, ein
freiwilliges dänisches Grenzschutzkorps aufzurufen. Aus den Aus-
führungen Stauungs ist nach herauszufehen, daß die dänische Re-
gierung an die Wiederaufnahme der Schulbesprechungen denkt.

Friedenskundgebung in Brüssel. Für deutsch-belgische Verständigung.

Brüssel, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Unter dem Druck
der chauvinistischen Hege hatte die belgische Regierung die Erlaubnis
zur Benutzung des Akademiepalastes für eine Pazifistenversammlung
zurückgezogen, in der v. Gerlach über „Demokratie in
Deutschland“ sprechen sollte. Wie zu erwarten war, hat dieser
törichte Schritt nur die entgegengesetzte Wirkung gehabt. Die Ver-
sammlung fand gestern statt und gestaltete sich zu einer imposanten
Kundgebung für den Pazifismus und die Verständigung mit Deutsch-
land. Der große Saal des Eisenbahnerverbandes war bis zum
letzten Platz gefüllt und Hunderte mußten wegen Platzmangel zurück-
gewiesen werden. Am Rednerisch saß auch Vandervelde, und im
Saale bemerkte man zahlreiche namhafte Parlamentarier, Universi-
tätsprofessoren und hohe Beamte. Die beiden belgischen Redner
schlugen Töne an, wie man sie seit dem Kriege in Belgien nicht zu
hören bekommen hat. Es war eine förmliche Verbrüderung
zwischen der belgischen und deutschen Demokratie
und eine gemeinsame Kampfanzeige an den Nationalis-
mus und die Reaktion in beiden Ländern.

Trotzdem die Versammlung jedermann zugänglich war, herrschte
einstimmige Begeisterung; kein Wort des Widerspruchs wurde laut.
Henri Kollin, belgischer Delegierter am Völkerbund, hielt eine geist-
reiche und nützliche Rede, deren Grundton war: Endlich müsse der
Friede Wirklichkeit werden, genug des Hoffens, Belgien müsse dem
republikanischen und pazifistischen Deutschland die Hände reichen.
Mit seinem Biss verspottete er die Hege der Ueberpartei, die die
Kundgebung verhindern wollten. Womöglich noch mühtiger war die
Rede des belgischen Universitätsprofessors Wilmoitte, der für die
geistige Annäherung beider Völker eintrat und ausführlich schilderte,
wie unendlich viel die französische Kultur der deutschen verdanke.
Gerlach wurde vor und nach seiner Rede große Ovationen dar-
gebracht. Selbst seine Erklärung, einem Volk von 60 Millionen
könnten nicht dauernd Kolonien vorenthalten werden, wurde mit
Beifall aufgenommen. Die ganze Versammlung ist ein hoffnungs-
volles Zeichen der Gesundung und Befriedung der Geister, die auch
in Belgien nicht nur bei den Sozialisten und der Arbeiterschaft
ernsthafte Fortschritte macht. Nach der Versammlung versuchte ein
kleiner Trupp sozialistischer Studenten eine Gegendemonstration, die
aber mißlang. Zu Ruhestörungen kam es nicht.

Das Journalistengesetz.

Der Bezirksverband Berlin des Reichsverbandes der
deutschen Presse als berufliche Vertretung der Berliner Re-
dakteure und Schriftsteller hat in seiner getriggen Hauptversammlung
folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die Hauptversammlung des Bezirksverbandes Berlin des
Reichsverbandes der deutschen Presse fordert den Vorstand und die
Zentrale des Reichsverbandes auf, in den Bestrebungen zur Schaf-
fung eines Journalistengesetzes mit aller Entschiedenheit
fortzufahren.“

In einer gesetzlichen Regelung sieht die Hauptver-
sammlung die einzige Möglichkeit, die innere Freiheit der
deutschen Presse und damit eine wesentliche Voraussetzung
der Reinheit des gesamten öffentlichen Lebens in zweifelsloser Weise
sicherzustellen. Nur ein Journalistengesetz kann auch der journalisti-
schen Arbeit die bleibende rechtliche Grundlage geben, ohne die es
unmöglich ist, unsere engeren Standesfragen derart zu lösen, daß
die öffentlichen Pflichten unserer Arbeit in jeder Weise erfüllt
werden können. Die Hauptversammlung stellt fest, daß der im
Reichsministerium des Innern ausgearbeitete Referentenentwurf
— als ganzes genommen — eine geeignete Grund-
lage für weitere Verhandlungen darstellt, wenn er auch
weder in rechtlicher noch besonders in sozialer
Hinsicht ausreichende Sicherheiten für die publizistische
Vertretung der öffentlichen Interessen bietet.

Die Hauptversammlung fordert das Reichsministerium des
Innern und das Reichskabinett auf, diesen Referentenentwurf unter
Berücksichtigung der vom Reichsverband vorgeschlagenen Abände-
rungen beschleunigt den gesetzgebenden Körperschaften zuzuleiten.“

Der Herr Hofarzt.

Die Reichsverfassung verbietet die Verteilung von Orden und
Titeln. Viele Kleinbürgerliche Seelen sind hierüber sehr unglücklich.
Als ein Hoffnungsschrahl erscheint ihnen Bayern, wo schon seit
längerer Zeit, unbekümmert um die verfassungsrechtlichen Bestim-
mungen, Sanitätsräte, Justizräte und Kommerzienräte in ziemlich
großer Menge frisch „gebacken“ werden. Natürlich vergißt man
auch nicht die entsprechend geringere Zahl von Geheimen Sanitäts-
räten, Geheimen Justizräten und Geheimen Kommerzienräten er-
stehen zu lassen, bei denen es sich um Herren handelt, die sich ent-
weder bereits im Endstadium der Arterienverkalkung befinden oder
schon in jüngeren Jahren einen besonders dicken Weißdick ihr eigen
nennen.

In Preußen hat man zwar für manche Beamtenkategorien ge-
wisse „Amtsbezeichnungen“ geschaffen, die man geneigt sein kann
eher als „Amtsverschleierungen“ zu bezeichnen. Einigen beamteten
Mitarbeitern an wissenschaftlichen Instituten, so am Institut „Robert
Koch“ und an der Preussischen Landesanstalt für Wasser-, Luft- und
Bodenhygiene hat man die „Amtsbezeichnung“ Professor beigelegt,
was ja auch ein gewisses Schmunkeln im Kreise der Auguren her-
vorgeht hat.

Die freien Berufe, vor allem die Ärzte, Anwälte und Groß-
kaufleute, können aber in Preußen noch nicht ihr Titelchen zur
Pacht erhalten. Allerdings gibt es wieder preussische Justizräte.
Aber ach — so heißen die früheren Ministerialsekretäre des Justiz-
ministeriums. Und das ist doch ganz besonders schmerzhaft für die
nicht allzu zahlreichen Rechtsanwälte, die diesen Titel führen, alte
Herren, die schon fast alle ins fliehende Lebensjahrzehnt gelangt sind.

Es gibt aber noch andere Ränge. Wer sich einmal den Spitz
macht, seine Schritte nach Wilmersdorf zu lenken und die
Uhländstraße hinunterzuwandeln, findet dort an einem Hause
ein sehr merkwürdiges Schild. Der erstaunte Zeitgenosse kann
nämlich lesen, daß ein „Hofarzt“ dort seine Zelle aufgeschlagen
hat. Zwar leben wir in einer Republik und bisher wird auch noch
keinerlei Kunde, daß selbst Bayern oder irgendeine andere Ord-
nungszelle dieses illustre Titelchen eingeführt hätte. Dunkel erinnern
man sich aber, daß in der wilsheimischen Zeit die ehrenwerten
Herren Doktoren, welche die Laaien zu behandeln hätten (meist mit
argemum nitricum, Quecksilber, und anderen heilkräftigen Arzneien),
„Hofärzte“ tituliert wurden. Bei unserem Freund in der Uhländ-
straße nimmt sich der Fall noch besonders kurios aus, da für den
betreffenden Reditus ganz besonders wenig Grund vorhanden ist,
sich — offenbar aus eigenen Gnaden — den Titel „Hofarzt“ zuzu-
legen. Er figuriert nämlich nicht nur als Arzt und Doktor der
Heilkunde, sondern ist auch Spezialarzt, nämlich Nervenarzt, unseres
Wissens auch Gerichtsarzt und dazu noch — Privatdozent

an der Universität. Dieser letzte Titel schmückt auch das
weiße Schildchen und macht die ganze Angelegenheit ein wenig
heißer.

Offenbar ist es der Berliner medizinischen Fakultät eine ganz
besondere Ehre, daß ein lebhaftiger Hofarzt ihr angehört. Ober
gedenkt die hohe Fakultät gegen diesen groben Titelanspruch ihrerseits
einzuschreiten...? Tut sie es nicht, so werden sich vielleicht andere
Instanzen damit befassen.

Der Sozialist kann nur lächeln. Ihn interessiert der Herr Hof-
arzt hauptsächlich als merkwürdige Erscheinung unserer begriifs-
verwirrten Zeit. Es ist ja aber noch nicht aller Tage Abend. Blei-
leicht sieht man einmal später in der Uhländstraße in Wilmersdorf
am Hause eines Nervenarztes und Privatdozenten die besonders
vielsagenden Worte: Hofarzt a. D.

Kunst auf Pump!

Eine Bewegung ist im Gange, die alles Gerede und Geschwätz
um Bestimmung, Wert und Wesen moderner Kunst nebenhändig
einreißen läßt. Eine Bewegung ist im Gange, die allmählich die
wirtschaftliche Notlage der bildenden Künstler zu mildern imstande
sein könnte. Eine Bewegung ist im Gange, die den Keim in sich
trägt, die Thraße von der Kunst, die angeblich dem Volke gehört,
zur Parole beglückender Wirklichkeit werden zu lassen.

Bekanntgemacht wurden Behörden und Presse mit dieser Be-
wegung in der Generalversammlung zum „Wirtschaft-
lichen Verband bildender Künstler“, die am Montag-
abend im Herrenhaus stattfand. Es handelte sich um die Ver-
leihung von Kunstwerken, die nach den überzeugenden
Referaten der Künstler Segal, Boffert und Kruppen den
Künstlern eine nicht allzu kümmerliche Lebenshaltung ermöglicht
und fernher nicht nur ihrerseits Anteilnahme des Publikums für das
künstlerische Schaffen erziehen läßt. In Deutschland kommt auf sechs-
tausend Menschen ein bildender Künstler, sollte nicht einmal der
zu ernähren sein, obwohl der „Kunstbedarf“ auch in weiten nicht-
kapitalistischen Kreisen sehr stark ist? Nein, der eine ist zu er-
nähren trotz aller proletarischen Not, die, wo sie herrscht, selbst das
Kunstwert selbstverständlicherweise als Surplus erscheinen läßt. Warum
der Reichs- und Ausperrungslust vieler Händler sind dennoch
nur so lange maßgebende Faktoren, bis die Künstler ihre übermäßige
Zurückhaltung in der eigentlichen „Popularisierung“ ausgegeben
haben. Die Verteilung von Kunstwerken, die organisatorisch vom
„Wirtschaftlichen Verband“ bereits vorbereitet wird, ist dem Künstler
Unterstützung und Propaganda durch seine Arbeit, dem Einzelnen
Erweckung und Pflege seiner Beziehungen zur Kunst. Nicht nur
günstige Erfahrung in Amerika, schon das Recht zum Experiment
überhaupt spricht für das neue Unternehmen. Niedrige Lei-
gebühren...

Kunst da nicht einer: „Und uns höhere Löhne!“? Bei Gott, er
hat recht. Aber, Genossen, die Künstler haben für ihre Sache eben
auch recht und, nicht wahr, nach Möglichkeit wollen wir sie unter-
stützen.

Die Goethe-Bühne ist zu neuem Leben erwacht. Zu einem
andergestalteten Leben allerdings, als ihr an der Wiese gesungen
wurde. Denn das angehrte, schon ein wenig verstaubte Lustspiel
„Unsere Räte“ von H. H. Davies entspricht nicht ganz den
angekündigten hochgemuten Kunstzielen der Bühne, aber die Mit-
glieder der Goethe-Gemeinde scheinen von der gebotenen letzten
Kraft befreit zu sein von den projektierten klassischen Werken. Unsere
Räte ist die potente, über den ersten Venz hinausgerommene Frau,
die aus den Wirnissen des Lebens stets spielend einen Ausweg
findet, notabene, wenn es sich um andere handelt. Gerät sie selbst
in Schwierigkeiten — ja, ja, die Liebe — da verlagert ihre Kunst und
der Autor muß das Schicksal zu Hilfe holen, das dann auch die
Angelegenheit zu allseitiger Zufriedenheit ordnet. Neben noch un-
entdeckten Talenten standen zwei routinierte Darsteller auf der
Bühne: Marietta Olin und Max Bing, die durch ihre muntere
und herzliche Art innigen Kontakt mit der Zuschauerenschaft herstellten.
Dgr.

Begründung eines Verbandes der deutschen Kunstschulen.
Der seit Jahresfrist bestehende Bund der Kunstschulen Preußens
ist in einer Zusammenkunft, die dieser Tage in Berlin stattfand, zu
einem Verband der Kunstschulen Deutschlands erweitert worden.
Es sind in ihm nicht die Lehrer einzeln, sondern die Lehrerkollegien
korporativ zusammengeschlossen. Er umfaßt jetzt schon nahezu alle
deutschen Kunstschulen einschließlich der Kunstschulen; der
Beitritt der noch fehlenden wird erwartet. Der Zweck des Verbandes
ist der Austausch von Erfahrungen und die gemeinsame Vertretung
wirtschaftlicher und künstlerischer Interessen der Lehrerschaften den
Behörden, den Parlamenten und der Öffentlichkeit gegenüber. Die
Berliner Logna beschäftigt sich hauptsächlich mit der Stellung der
beruflich angestellten Lehrer, außerdem mit der Verfassungsform
der Kunstschulen.

Entfernung von Otto Dix' „Schühengraben“ aus dem Kölner
Museum. Otto Dix' vielbesprochenes Bild „Der Schühengraben“,
das die Stadt Köln vor einem Jahre aufkaufte und das inzwischen
als Eigentum der rheinischen Hauptstadt auch auf der Frühjahrs-
ausstellung der Berliner Akademie der Künste ausgestellt war, ist
dieser Tage von seinem Plaze im Wallraf-Richard-Museum abge-
hängt worden. Das Bild fand den Widerspruch eines reaktionären
Kreises, obgleich die nordrheinische Museumsdirektion es schon hinier
einen besonderen Vorhang in einer eigenen Nische aufgehängt hatte.

Für die Frühjahrsausstellung der Akademie der Künste, Pariser Platz 4,
sind wiederum freie Einladungen ausgefallen. Die Kunstausstellung wird indessen
Anfang Mai eröffnet werden und umfasst Werke der Malerei und Skulptur.
Die Einlieferung hat in der Zeit vom 20. März bis 6. April zu erfolgen.
Programme und Ausstellungsdokumente können vom Sekretär der Akademie,
Pariser Platz 4, gegen Erstattung der Verwaltungsgebühr von 1 R. be-
zogen werden.

Ein wertvoller prähistorischer Fund wurde in dem unweit Breslau ge-
legenen Forst Eichenitz gemacht. Die durch den Konteraktor des Forst-
besizers Dr. Treubenberg festgestellt wurde, ist aus der Form, der
Verfassung und der Anordnung der Tongefäße zu schließen, daß sie zwischen
600 v. Chr. und 600 n. Chr. der Erde übergeben worden seien. Die Hammer
von Eichenitz, die von der Donau bei nach Schießen gekommen waren,
lieber 30 Stüber sind bereits in Sicherheit gebracht worden.

Die Dauerreiniger.

Aus dem kommunistischen Sumpf.

Bochum, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Reinigung“ der SPD. des Ruhrgebietes setzt sich auf der ganzen Linie fort. In Bochum tagte am Donnerstag eine Bezirkskonferenz der SPD., die sich ausschließlich mit inneren Parteiangelegenheiten beschäftigte. Von einzelnen Funktionären wurde berichtet, daß die Verschärfung der Partei im Bezirk große Fortschritte gemacht hat. Trotzdem war die Zahl der Troglakten im Ruhrgebiet so groß, daß seit einiger Zeit zwei Gruppen bestehen, eine rechte und eine linke, die sich gegenseitig bekämpfen. Die Konferenz beschloß, die alte Bezirksleitung „abzusetzen“ und eine neue Bezirksleitung zu wählen. Ungenommen wurde ferner eine Entschärfung gegen den Troglaktismus. Mit Genugtuung wird festgestellt, daß die russischen Bruderparteien die neuesten Vorstöße der Troglakten gegen den bolschewistischen Geist und den Leninismus mit größter Energie zurückgewiesen haben. Die Bezirkskonferenz verlangt, daß der Kampf gegen den Troglaktismus mit der gleichen Energie geführt wird, und zwar gegen die großen wie die kleinen Brandler und Thälheimers, gleichgültig, welche Funktionen sie bekleiden. Die Bezirkskonferenz verlangt schließlich von der neuen Bezirksleitung des Ruhrgebietes, daß sie energisch und unerbittlich den Kampf gegen alle opportunistisch-troglaktischen Tendenzen führt.

Aus Bochum wird uns weiter geschrieben: Tolle Zustände müssen in der rheinisch-westfälischen SPD. herrschen. Die Führer beschäftigen sich gegenseitig mit Unterschlagung, Betrug, der Unfähigkeit und der Verkommenheit. Die sozialdemokratische Presse hat seit längerer Zeit verschiedentlich Zuschriften aus kommunistischen Kreisen veröffentlicht, die sich mit den Bezirksvertretern der SPD. des rheinisch-westfälischen Industriegebietes beschäftigen. So wurden von dem Spitzenkandidaten der Kommunisten in Westfalen, Schüh, gesagt, daß er sich nur noch durch Lüge und Betrug zu halten vermöge, und daß er alle Eigenschaften des Lumpenproletariats besitze. Herr Schüh hat diese Beschuldigungen hingenommen, ohne sich zu wehren.

Seit wird eine neue Anklageschrift des kommunistischen Parteiführers Graul in Essen bekannt, in der gesagt wird, daß man Graul bei dem „Auswurf“ aus der Partei verboten habe, über die gesamten „Schweineereien“ der führenden Personen zu reden. Graul sagt, daß er zu der Bezirksleitung der SPD. jedes Vertrauen verloren habe und seine letzte Hoffnung auf einen Untersuchungsausschuß setze, der von den Funktionären gewählt worden sei, um die „persönlichen Schweineereien“ aus der Welt zu schaffen. Graul behauptet in seiner Schrift an die Funktionäre, daß der kommunistische Reichstagsabgeordnete Artur König einen Kriegsbefehlshaber, und zwar das kommunistische Parteimitglied Flormann um eine Ladeneinrichtung beschwindelt habe. Die Parteizeitung behauptet, daß für 1500 M. zahlen müssen, wofür aber das Geld gekommen sei, wisse man nicht, da Flormann nichts erhalten habe. Weitere schwere Vorwürfe erhebt Graul gegen die Bezirksleitung, die Herren Eicher und Kollwitz, welche letzterer Landtagsabgeordneter ist. Empfangene Gelder seien nicht abgeliefert worden. Die Buchführung sei beispiellos miserabel. Quittungen seien überhaupt nicht vorhanden. Von einem illegalen Bureau seien Gelder ausgezahlt und von Eicher unterschrieben worden. Während des Streiks im Mai vergangenen Jahres habe man der Bezirksleitung 12.000 Frank zur Unterstützung der Bergarbeiter überwiesen, aber kein Pfennig sei für diese Zwecke verwendet worden. Die Funktionäre sollten Auskunft verlangen, wo das viele Geld geblieben sei.

Über die Qualitäten des früheren kommunistischen Gewerkschaftssekretärs Wagner heißt es in dem Bericht von Graul, daß er Unsummen unterschlagen und mit Prostituierten, die auf das Bureau kamen, um sich Geld zu holen, durchgebracht habe. Wagner habe auch diesen Mädchen ihren und Schmuckstücke entwendet. Als man ihn endlich absetzte, gab ihm die Bezirksleitung noch 70 M., damit er nach Mannheim fahre, um dort eine neue Stellung zu erhalten. Schließlich sagt Graul, es sei merkwürdig, daß gegen den Reichstagsabgeordneten Schüh nichts unternommen worden sei, trotzdem doch die Vorwürfe zuträfen und die Angriffe berechtigt gewesen seien, welche die sozialdemokratische Presse gegen den Spitzenkandidaten erhoben habe. Die Anklageschrift des Graul beleuchtet einen stinkenden Sumpf fürchterlicher Korruption.

Manöver der „Internationalen Roten Hilfe“.

Antwort der Sozialistischen Internationale an die Kommunisten.

Wir entnehmen dem schriftlichen Bericht, den das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterinternationale der Exekutive der SWI. in Brüssel vorgelegt hat, und der von der Exekutive einstimmig gutgeheißen wurde, folgende Stelle:

Die „Internationale Rote Hilfe“ hat zu Agitationszwecken bei den deutschen Reichstagswahlen einen offenen Brief veröffentlicht und von der SWI. eine Beantwortung gefordert. Eine solche Antwort erschien bei dem Charakter dieser Veröffentlichung überflüssig. In Dänemark, wo Parteien, die der SWI. angeschlossen sind, als Regierung die Verantwortung tragen, wie in Schweden und Dänemark, gibt es keine kommunistischen Gefangenen. Daß aber eine kapitalistische Regierung sich zu Tauschgeschäften herbeilassen werde, wie dies Horthy-Ungarn getan, würde bedingen, daß von dort für sie wertvolle Austauschgegenstände vorhanden seien. Es ist also der Gedanke dieses Austausches schon von protzlichen Gesichtspunkten kein mögliches Objekt einer sozialistischen Intervention. Aber abgesehen davon ist die ganze Argumentation der „Roten Hilfe“ auf einer lügenhaften Voraussetzung aufgebaut. Bei der Konferenz der drei Exekutiven im April 1922 in Berlin hat sich die kommunistische Exekutive geweigert, folgenden Votus in die gemeinsame Deklaration aufzunehmen:

„Die Konferenz erklärt, daß es die Pflicht aller proletarischen Parteien ist, sich in ihrem Lande für die sofortige Befreiung aller politischen Gefangenen mit aller Energie einzusetzen, insbesondere jener, die sich noch aus der Zeit des offenen Bürgerkrieges in Untersuchungs- oder Strafhaft befinden.“

Die Delegation der Kommunistischen Internationale erklärte, diesem Votus nicht zustimmen zu können. Um die Konferenz nicht überhaupt scheitern zu lassen, haben sich die Vertreter der beiden sozialistischen Exekutiven gezwungen, auf die Aufnahme dieses Votus zu verzichten, was sie in einer Erklärung zu Protokoll gaben. Wenn die „Rote Hilfe“ in dieser Angelegenheit einen Schritt weiterkommen will, dann möge sie erst bei der Kommunistischen Internationale bewirken, daß diese ihren Standpunkt revidiere und es ermögliche, daß auch in Russland für die Befreiung der Gefangenen in eben solcher Weise gewirkt werden könne wie in anderen Ländern.

Die Antwort der französischen Delegation auf die Anfragen der deutschen Handelsvertreterdelegation vom letzten Freitag wurde am Montagsabend kurz vor 7 Uhr überreicht. Die deutschen Vertreter haben sich sofort mit dem Schreiben, das fünf Schreibmaschinenfülle besetzt.

Gestern, heute und morgen.

Gestern Abend „Boris Godunow“, heute Abend „Don Juan“. Dann ist Schluß mit der Großen Volkoper. Morgen zieht schon die Operette in das Theater des Westens ein. Wir haben ja noch gar nicht genug Operetten, in Theater und auch sonstwo.

Gestern Abend „Boris Godunow“. Fröstig möchte es durch den hohen Raum, in den die Zuschauer im dritten Rang wie von der Höhe einer Berliner Mietsoberne in die Tiefe schauen. Als dann die spärliche Beleuchtung ganz ausgeblendet wurde, begann aus dem Orchester und überspringend zur Bühne ein anderes zu leuchten: Russland, das große Unbegreifliche. Das Slawische, Musik, Gesang, Bühnenbilder, Kostüme, alles ein Begehnen in jatter Farbenpracht. Fremd oft unserer Ohr, unserm Auge, und fängt doch schließlich alle unsere Sinne. Und dieses überwältigende Zusammenfließen theatralisch-musikalischer Kräfte war... Ist schon vorüber... Und soll nicht mehr sein? Diese Unsumme potenziert geistiger Kräfte soll von gestern zu heute in nichts zerfallen! Daran soll auch nichts ändern, daß das hingerissene Publikum den Raum nicht verlassen wollte, daß es die Sänger und den Kapellmeister wohl an die fünfzehnte vor die Gardine jubelte. Nur den Chor sah man nicht, diese wackere Schor, die das Volk verkörpert, hier wie überall, die bis zuletzt ausgeharrt hat und von denen nun niemand weiß, was aus ihm werden wird. Denn gestern Abend der Russe Rauvorst, heute der Deutsche Mozart und morgen — die Operette. Morgen Rumenschanz und Rausenball. Morgen Schimmy, Fog und Jazzband. Aber wie lange noch?

Die Parteien im Rathaus.

Kommunalspolitische Konferenz der SPD.

In einer Konferenz der sozialdemokratischen Stadt- und Bezirksverordneten, der Magistrats- und Bezirksratsmitglieder und der anderen im kommunalen Dienst tätigen Genossen sprach am Montagabend Stadtratsordneter Genosse Reimann über „Die Parteien im Rathaus“. Genosse Reimann gab zunächst einen Überblick über die Zusammenfassung der Stadtverordnetenversammlung vor und nach der Schaffung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin. Die Wahl im Jahre 1921 ergab eine bürgerliche Mehrheit von 3 Stimmen, denen aber nach dem jetzigen Stand der Entwicklung, den die Kommunisten genommen haben, die Stimmen dieser auch-Arbeiterpartei hinzugezählt werden müssen. In allen Angelegenheiten, die für die sozialdemokratische Partei von grundsätzlicher Bedeutung sind, vereinigte sich auch im Rathaus die Partei ganz rechts mit der ganz links, wobei für die SPD. nur immer der Gedanke ausschlaggebend ist, was die Sozialdemokraten ärgern und ihr Ansehen herabsetzen kann. Nach der Vereinigung der sozialdemokratischen Partei suchte unsere Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung eine tragfähige Mehrheit zu schaffen, mit der eine für die Bevölkerung ersprießliche Kommunalspolitik getrieben werden konnte. Alle Bemühungen scheiterten; die Zeiten eines Birchow, eines Rommings und Langerhans sind für den Berliner Kommunalsocialismus vorbei. Die Arbeit des Magistrats, der anfänglich noch eine sozialdemokratische Mehrheit hatte, wurden von der bürgerlichen Mehrheit natürlich noch Kräfte erschwert und isoliert. Dazu kam bald die „Los-von-Berlin“-Bewegung, die von den bürgerlichen Parteien geführt und genährt wurde. Die Politik aller Bürgerlichen war in allen Fragen, besonders aber in den Schul- und Steuerfragen, ziemlich einheitlich; sie hatte nicht das Wohl des ganzen im Auge, sondern verfolgte, wie bei der Wirtschaftspartei, das Interesse einzelner, zum Teil sehr kleiner Berufsgruppen. Bei den Steuerangelegenheiten sind beispielweise zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen nur Ränken erkennbar. Dem Abban des Stadtschulrats wußten die Demokraten hauptsächlich deshalb zu, weil die ehrgeizigen Wünsche ihrer Führer nicht befriedigt wurden. Trennt uns auch von dem Zentrum eine Weltanschauung in den Schulfragen, so ist mit ihm doch in Laxität und Arbeiterfragen und auf dem Gebiete des Steuerwesens eine selbstliche Zusammenarbeit möglich. Der Haß der Bürgerlichen gegen die städtischen Werke ist groß; wäre es nach ihrem Wunsche gegangen, hätte man in der Diskussion die Kommunalverriebe an das Privatkapital veräußert. Durch die selbstwüste Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion sind aber die Werke der Stadt erhalten geblieben und haben ihren Ausbau gefunden. Reimann kam zu dem Ergebnis, daß die Arbeit unserer Fraktion von der Verantwortung der arbeitenden Massen gegenüber getragen war. Spätere, höhere Zeiten werden erst eine vollkommene Würdigung zufallen.

Der zweite Referent des Abends, Bezirksbürgermeister Genosse Kahl-Kapernick, sprach über das Zusammenarbeiten des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung mit den Bezirksräten und den Bezirksparlamenten. Der Referent zeigte an der Hand reichhaltigen Materials die Schwächen, die dem Magistrat aus der neuen Materie heraus, dann aber auch durch den Widerstand der anderen Parteien erwachsen. Die unfruchtbare Arbeit während der Inkubation, die Umorganisation der Gemeinwesen bei der Schaffung von Groß-Berlin und der ganz Kleinkram der laufenden Arbeiten seien oder doch ein Beweis dafür, daß viel und in ehrscher Absicht gearbeitet worden ist. Genosse Kahl forderte mehr Freiheit für das kommunale Leben in den Bezirken und eine gedehrende Rücksichtnahme auf die Eigenheiten der verschiedenen Verwaltungen. Ein enges Zusammenwirken der sozialdemokratischen Kommunalspolitiker sei dringend erforderlich. Die Aussprache bewegte sich im Sinne der Referate. Das kommunalpolitische Sekretariat der Partei wird auch in Zukunft, einem allen Wünsche der Fraktionen folgend, die notwendigen Arbeiten für eine gedeihliche Zusammenarbeit erledigen.

Ein angenehmes Lokal.

In dem den meisten Bannern wohlbekanntem Gasthof „Zum alten Kienkrug“ in Brieselang nord bei Spandau, der bekannten alten Posthalterei von 1777, fuhren, wie uns berichtet wird, am Sonntagmorgen, den 18. Januar, eine Anzahl Kameraden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu einem Margenimbis ein. Zwei junge Leute, anscheinend die Söhne des Gasthofbesizers, waren so tollkühn, mit ihren Stuhlbeinabschneidern nebst 2 bis 3 Zentimeter großen Hakenzangen an der Brust in den Räumen des Lokals umherzustrolchieren. Als die Reichsbannerleute kurz darauf das Lokal verließen, rief ihnen aus den Wohnräumen des Gasthofs ein 40. bis 50-jähriger Mann ein Schmähwort auf die Reichsfarben nach. Eine Feststellung dieses Schimpfwortes konnte leider nicht erfolgen, da er sich anscheinend in das nächstliegende Rauchloch verdrückt hatte.

Spitzhiebler Kopp auf der Flucht.

Zu der Flucht und Verhaftung des angeblichen Dr. Franz Kopp erfahren wir noch einige bemerkenswerte Einzelheiten. Als die großen Spitzhiebungen in Reußhain vom Finanzamt und der Reichsmonopolverwaltung aufgedeckt wurden und die Kriminalpolizei eingriff, war der Kaufmann Franz Kopp, von dem die ganzen Schlegungen ausgegangen zu sein schienen, schon über alle Berge. Er war aus seiner Wohnung in der Landwehrstr. 16 verschwunden und hatte seine Freundin, eine Filmschauspielerin Luise K., mitgenommen. Es wurde ermittelt, daß der Flüchtige sein Vermögen unter Deckadressen bei Bank im Subener Bezirk untergebracht hatte. Seine Guthaben wurden dort gesperrt und beschlagnahmt. Für die Klügel aber hatte sich Kopp mit reichlichen Mitteln versehen. Nach längeren Verhören durch das Deutsche Reichslandete das Paar in Köln am Rhein und ließ sich hier zunächst nieder. Immer darauf bedacht, über die Grenze zu kommen. In Köln besorgte sich Kopp solche Pässe

für sich und seine Geliebte. Unter dem Namen Kellner und Frau Luise Kellen entkam das Paar mit diesen Pässen, die ihm 2000 Gulden kosteten, nach Haag in Holland. Da beide aber sehr luxuriös lebten, schrumpften die Mittel bald zusammen und es dauerte nicht lange, da sah das Paar ohne Geld in seiner schönen Wohnung. Kopp versuchte jetzt Verleihen bei seinen Freunden. Einige gelangten auch, andere schlugen fehl. Zu dem gleichen Zweck unternahm er auch Reisen nach London. Nach der Rückkehr von einer solchen Reise wurde er von einem deutschen Kriminalbeamten verhaftet. Die ganze kostbare Wohnungseinrichtung wurde für das Landesfinanzamt und die Reichsmonopolverwaltung sichergestellt, ebenso verschiedene Luxusgegenstände und auch die Kamptopischen Depots bei der Reiterdamischen Postvereinigung. Durch alle sichergestellten Werte ist ein erheblicher Teil des Schadens des Finanzamts und der Monopolverwaltung gedeckt.

Aus der Irrenanstalt vor das Schwurgericht.

Der Nord an der Hausbesitzerin Luise Bely.

Nach vier Jahren wurde heute der zweite Täter an dem Mord, dem die Hausbesitzerin Luise Bely am Rottbusser Damm im Jahre 1921 zum Opfer fiel, dem Schwurgericht in der Person des Kaufmanns Ludwig Limbacher vorgeführt, nachdem der andere Mörder, der Kaufmann Brack bereits vor zwei Jahren wegen Totschlages zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Gegen Limbacher konnte damals nicht verhandelt werden, da er nach der Tat in Geisteskrankheit verfallen war. Er ist nun aber aus der Irrenanstalt als geheilt entlassen worden und hat sich nachträglich wegen der Mordtat zu verantworten. Die Rolle zwischen den beiden Tätern ist unterdessen veräußert worden, da Brack aus dem Zuchthaus nach Dalldorf als geisteskrank überführt worden ist. Die Tatumstände waren, kurz zusammengefaßt, folgende: Die beiden Täter, die Beschäftigten des Mordes, hatten durch ein Heiratsinserat die Bekanntschaft der Witwe Bely, einer wohlhabenden Hausbesitzerin, gemacht. Der eine von ihnen hatte sich ihr als Heiratstribunal genähert und zu einer Einladung zum Kaffeegespräch mitgebracht. Beide hatten jedoch bereits den Plan einer Beiratung vorher ausgesprochen. Die Witwe wurde genötigt, sich an das Klavier zu setzen und ihren Gästen die „Mondscheinsonate“ vorzuspielen. Dabei wurde sie hinterhals niedergebunden und dann beraubt. Der Angeklagte Limbacher erklärte in der heutigen Verhandlung, daß er sich auf nichts bestimmen könne und gab auch auf alle Fragen unklare Antworten. Da er so undeutlich sprach, daß er nicht zu verstehen war, mußte er vor den Richter treten, wozu er aber erst nach längeren Bemühungen des Vorsitzenden veranlassen war, da er erklärte, daß er sich fürchte.

Zu dem Mädchenmord auf dem Kraswader Platz wird mitgeteilt, daß der Täter noch nicht ergriffen, auch keine Person noch nicht festgesetzt ist. Gestern wurden bis in den frühen Abend hinein noch mehrere Zeugen vernommen. Ihre Befundungen lieferten aber auch noch keinen bestimmten Anhalt. An den Säulen ist heute der Anschlag mit der Befestigung des Verbrechens und der Ausschreibung der 1000 M. Bezahlung erschienen.

Nähtung, Naturfreunde! Die im heutigen „Arbeiterpari“ unter dem Namen Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin, e. V., für Mittwoch einberufene Funktionärkonferenz in der Gipsstraße ist von früheren Funktionären, die der Organisation jetzt nicht mehr verantwortlich sind, festgelegt worden und hat mit dem Touristenverein „Die Naturfreunde“ (Zentrale Wien) nichts zu tun. Naturfreunde meiden diese Privatveranstaltung!

Die Jugendherbergswoche 1923 ist in der Zeit vom 3. bis 10. Mai d. J. geplant. Ihr Ziel ist, mindestens zehn neue musterfähige Herbergen in der Mark Brandenburg für die wachsende Jugend zu schaffen. Die Vorbereitungen für Wilmersdorf erfolgen durch den Ortsausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege, Hudegardstraße 4.

Falschgeleit für Schleichhunde. Anfang Februar d. J. wird vom Bezirksamt Potsdam in den politischen Kreisen des Reichs-Berger Kreises ein Verbot in der GutsMuthsstraße eine Untersuchung und Beratung für Frauen an jedem Sonntag von 7 bis 8 Uhr abends durch eine Hochärztin für Frauen an jedem Mittwoch von 7 bis 8 Uhr abends durch einen Hocharzt. Erste Untersuchungstag für Frauen: Montag, den 2. Februar er. Für Männer: Mittwoch, den 4. Februar er. Die Unterleitung und Beratung erfolgt kostenlos! Niemand braucht seinen Namen anzugeben!

Gefängnis für die Rundfunkhörer. Die Münchener Gerichte beschäftigen sich täglich mit Schwarzhörern im Rundfunk. Die Urteile lauten auf 5 bis 10 Tage Gefängnis bzw. 50 bis 100 Mark Geldstrafe.

Todesurteil gegen einen Postwachmeister. Das Schwurgericht Münster verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den Postwachmeister Wrisse wegen Mordes zum Tode. Wegen Verleitung zum Mord wurde er außerdem mit 2 Jahren Zuchthaus bestraft. Wrisse leugnete auch nach dem Urteilspruch seine Schuld.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladung für diese Kundgebung in der Gipsstraße 1, Berlin S.W. 46, Eisenstraße 1. Dies an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Stock, rechts, an richten.

4. Kreis Pommernberg. Durch die Rundgebung im Sportpark findet der Kurios des Gen. Rappert über „Grundfragen der Politik“ eine Woche später statt.

15. Wkt. Kundgebung zur Rundgebung 8 Uhr abends.

Die vier aufgeführten Kundgebungsveranstaltungen finden nicht, wie irrtümlich in der heuligen Nummer angegeben, am Donnerstag, sondern am Mittwoch, den 29. Januar, statt.

- 14. Wkt. Mittwoch abends 8 Uhr Jugendvereinsversammlung, Schule Pottbusser Str. 2, Thema: „Der Reichstagswahlkampf“.
- 15. Wkt. Die morgen Mittwoch stattfindende Jugendvereinsversammlung wird in der Schule, Pottbusser Str. 10, abgehalten. Vortrag über „Nationalismus als Kulturschranke“.
- 16. Wkt. 7 Uhr im Reichshaus. Vortrag über „Nationalismus als Kulturschranke“.
- 17. Wkt. 7 Uhr im Reichshaus. Vortrag über „Nationalismus als Kulturschranke“.
- 18. Wkt. 7 Uhr im Reichshaus. Vortrag über „Nationalismus als Kulturschranke“.
- 19. Wkt. 7 Uhr im Reichshaus. Vortrag über „Nationalismus als Kulturschranke“.
- 20. Wkt. 7 Uhr im Reichshaus. Vortrag über „Nationalismus als Kulturschranke“.
- 21. Wkt. 7 Uhr im Reichshaus. Vortrag über „Nationalismus als Kulturschranke“.
- 22. Wkt. 7 Uhr im Reichshaus. Vortrag über „Nationalismus als Kulturschranke“.
- 23. Wkt. 7 Uhr im Reichshaus. Vortrag über „Nationalismus als Kulturschranke“.
- 24. Wkt. 7 Uhr im Reichshaus. Vortrag über „Nationalismus als Kulturschranke“.
- 25. Wkt. 7 Uhr im Reichshaus. Vortrag über „Nationalismus als Kulturschranke“.
- 26. Wkt. 7 Uhr im Reichshaus. Vortrag über „Nationalismus als Kulturschranke“.
- 27. Wkt. 7 Uhr im Reichshaus. Vortrag über „Nationalismus als Kulturschranke“.
- 28. Wkt. 7 Uhr im Reichshaus. Vortrag über „Nationalismus als Kulturschranke“.
- 29. Wkt. 7 Uhr im Reichshaus. Vortrag über „Nationalismus als Kulturschranke“.
- 30. Wkt. 7 Uhr im Reichshaus. Vortrag über „Nationalismus als Kulturschranke“.

Stichtafel der Groß-Berliner Parteiorganisation

Gewerkschaftsbewegung

Neue Ruhekredite!

Bodum, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der alte Bergarbeiterverband hat an das Reichsfinanzministerium und an das Reichswirtschaftsministerium folgendes Schreiben gerichtet: „Wir haben erfahren, daß seitens des Reichsfinanzministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums mit dem Zechenverband zwecks Vergütung von Verlusten aus dem passiven Widerstand und den Ricum-Verträgen verhandelt wird. Es sollen auch bereits Entschädigungen geleistet worden sein. Die Bergarbeiter haben einen erheblichen Teil der entstandenen Kosten getragen und schwere Schäden erlitten. Die Frage der Entschädigung ist nicht nur eine Angelegenheit zwischen Regierung und Bergbau-Unternehmern, die Arbeitnehmerseite hat ein Recht zu erfahren, wie die Entschädigung geregelt wird. Wir erlauben uns daher, folgende Fragen an das Reichsfinanzministerium zu stellen und bitten ergebend um Beantwortung derselben:“

1. Nach welchen Grundsätzen erfolgt die Feststellung des Schadens? 2. In welchem Umfang findet eine Vergütung statt? 3. Welche Beträge haben die Bergbauunternehmer bis jetzt als Vergütung für Verluste aus dem passiven Widerstand und den Ricum-Verträgen erhalten?“

Das Reichsfinanzministerium hat dieses Schreiben mit folgender Zuschrift beantwortet:

„Über die Abgeltung der während des passiven Widerstandes im Rhein- und Ruhrgebiet entstandenen Schäden und der aus den sogenannten Ricum-Verträgen erwachsenen Kosten wird nach Abschluß der Verhandlungen seitens des Reichsfinanzministeriums den beteiligten Körperschaften eine Denkschrift vorgelegt werden. Die Denkschrift wird alsdann auf die in der dortigen Eingabe gestellten Fragen über die dem Bergbau gewährten Entschädigungen erschöpfende Auskunft geben. Aus grundsätzlichen Erwägungen bin ich nicht in der Lage, Mitteilungen über den Inhalt der in Arbeit befindlichen Denkschrift zu machen, bevor diese den beteiligten Körperschaften vorgelegt worden ist. Nach ihrer Vorlage wird die Denkschrift auch zur dortigen Kenntnis gebracht werden.“

Man kann wirklich auf den Inhalt der Denkschrift gespannt sein. Vor dem Reichstag dürfte es dann zu einigen Überlegungen für die Ruhrindustriellen kommen. Wenn einmal der Skandal der Ruhekredite zur Sprache kommt, zu dem das Reichsfinanzministerium nach dem Skandal der Entschädigung an die Ruhrindustriellen hinzutreten will, die Reichs-, Arbeiter- und Mittelstand ausgeplündert haben, dann wird man staunen können. Der Skandal der Skandale aber wäre, wenn man gleichzeitig den ausgehungerten Bergarbeitern jede Entschädigung verweigern würde.

Eine weitere kommunistische Abfuhr

bei den Sattlern, Tapeziern und Portefeuliers.

Am 22. Januar fand im Gewerkschaftshaus die Jahresversammlung statt. Sowohl die Mitgliederbewegung als auch die Kassengebarung haben eine günstige Entwicklung genommen. Im letzten Quartal besonders ist ein erheblicher Zuwachs eingetreten und sind 4038 männliche und 689 weibliche Mitglieder vorhanden. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 128.430,51 M. Der Einnahme für die Ersatzkasse von 46.602,75 M. steht eine Ausgabe von 28.473,71 M. gegenüber, so daß am 31. Dezember 1924 ein Kassensollbestand von 18.129,04 M. zu verzeichnen war. Am 31. Dezember 1923 war der Kassensollbestand nur 536,37 M.

Dann gaben Müller und Blume den Geschäftsbericht. Hier ist festzustellen, daß in allen Branchen die Unternehmer den Arbeitsnachlass befehligen wollten, jedoch überall abgewehrt sind. Die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ist wieder eingestellt worden, desgleichen erfuhr die Streikunterstützung eine weitere Erhöhung.

In der Diskussion forderten die Redner der KPD die Versammlung auf, nur Kommunisten als Angestellte zu wählen, da nur diese die Beschlüsse der Arbeiter durchführen. Hieran stellte ein Kollege der SPD, des Gegensteils ist. Im vergangenen Jahre haben innerhalb 8 Wochen vier Generalversammlungen stattgefunden, die sich mit den Weimarer Beschlüssen befaßten. Diese Beschlüsse wurden für so wichtig angesehen, daß sie unter dem Stichwort „Die Rettung der Gewerkschaften vor dem Untergang“ in alle Welt gingen. Diese Weimarer Beschlüsse wurden angenommen und ebenfalls beschloßen, beim Zentralvorstand die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages zu fordern. Die damaligen Antragsteller kandidierten damals ebenso wie diesmal als Angestellte und verpflichteten sich, mit allen Kräften für die Durchführung dieser Beschlüsse zu sorgen. Nun sitzen aber drei dieser Antragsteller und Kandidaten als Beisitzer im Zentralvorstand. Was tun sie? Kein einziger hat im ganzen Jahre mit einem Wort diese Beschlüsse berührt. Ein glänzender Beweis, wie die Kommunisten die Beschlüsse der Arbeiter durchzuführen und nur radikale Reden führen, um Angestellte zu werden, konnte nicht erbracht werden. Man wollte aber auch diesmal gewählt werden und so ließen sich die Kandidaten auf die „Gothaer Forderungen“ verpflichten. Blume lehnte dies genau wie im Vorjahre für sich, Weniger, Ofien und Heinrich schaff ab und wies an einem Beispiel nach, daß die Kommission einer großen Branche, die aus Kommunisten besteht, gegen diese Forderungen selbst verstoßen hat, indem statt 40 Proz. Lohnerhöhung zu fordern, das Abstimmen von der Kommission zweimal um je vier Wochen verlängert wurde. Die Abstimmung ergab mit übergroßer Mehrheit die Ablehnung der Gothaer Forderungen. Darob große Beifügung und Antrag, die Wahlen zu vertagen. Dies wurde

ebenfalls abgelehnt und in fünf Beschlüssen über jeden Kandidaten geheim abgestimmt. Müller (KPD), dem schließlich arbeiten nicht abzusprechen ist, wurde mit knapper Majorität wiedergewählt. Die Genossen Blume, Weniger, Ofien und Heinrich erhielten gegenüber den kommunistischen Kandidaten eine mehrfache Mehrheit. Die kommunistischen Kandidaten, die auch im Vorjahre dieselben Personen waren, hoben rund 50 Proz. Stimmen eingeholt. Und dies trotz vier Fraktionsstimmungen, während die SPD-Kollegen im ganzen Jahre nicht eine Fraktionsstimmung abgehalten haben.

Ein weiterer Antrag, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um die Frage einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationalen zu behandeln, wie die KPD. sie aufstellt, wurde ebenfalls abgelehnt.

Schwerer Lohnkonflikt bei Bolle.

Mit den unhaltbaren Zuständen im Betriebe der Meierei Bolle befaßte sich gestern in Roabit eine gut besuchte Belegschaftsversammlung. Nach einem Vortrage von Zippel (Metallarbeiterverband) über die Bedeutung der Betriebsräte wählten kritisierte der Vertreter des Betriebsbundes Kellingner in der schärfsten Weise das Vorgehen der Geschäftsleitung in der Meierei Bolle. Die Arbeiterseite ist von der Firma davon in Kenntnis gesetzt worden, daß nicht eine Erhöhung der unzureichenden Löhne, wie dies von den beteiligten Organisationen in Anbetracht der gesteigerten Lebenshaltungskosten gefordert worden war, sondern ein Lohnnachbau von 20 bis 30 Proz. vorgenommen werden soll. Was nicht einmal in dem reaktionärsten Unternehmen an Verschlechterungen durchzubringen vermag, das blieb der Meierei Bolle ohne zwingenden Grund vorbehalten. Dadurch ist eine Beunruhigung in den Betrieb hineingetragen, die sich auf die gesamte Berliner Bevölkerung auswirken muß. Gerade die Meierei Bolle hat wie kaum ein anderes Unternehmen ihren Aufstieg der dort beschäftigten Arbeiterschaft zu danken, die zum Teil jahrzehntelang ihre Kräfte selbstlos in den Dienst der Firma gestellt hat. Stets hat die Arbeiterschaft das öffentliche Interesse an der Aufrechterhaltung dieses lebenswichtigen Betriebes allem anderen vorangestellt. Wenn aber gerade dieser Arbeiterschaft durch ein derartiges, jeder vernünftigen Ermäßigung hohnsprechendes Vorgehen ein Kampf aufgezungen wird, dann wird dieser Kampf geschlossen aufgenommen werden.

Nach, vom Metallarbeiterverband, hob in seinen Ausführungen unter schärfster Berührung des Vorgehens der Firma noch einmal die unbedingte Notwendigkeit des freigewerkschaftlichen Zusammenschlusses hervor. Dies geschähe besonders für die Handwerker des Betriebes. Nur wenn alle einmütig zusammenstehen, werde man den Kampf, der von der Firma gewollt sei, um sich vor allem der ärmsten Arbeitsträfte zu entledigen, siegreich führen können.

Die Empörung der Arbeiterschaft über das rücksichtslose Vorgehen der Meierei Bolle trat in der Diskussion lebhaft in Erscheinung. Am Donnerstag sind wegen des geplanten Lohnnachbaus noch einmal Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß statt. Verharrt die Firma weiter auf ihrem Herrenstandpunkt, dann hat einzig und allein sie die Verantwortung für einen Kampf zu tragen, der für die größtmögliche Bevölkerung von verheerender Wirkung sein kann.

Alte Scharfmachermethoden in neuer Auflage.

In einer Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Betrieben der tungsgewerblichen Metallindustrie sprach am Montagabend Henkel vom Deutschen Metallarbeiterverband über die Vorgänge, die zur Aussperrung der Belegschaft im Deutschen Metallwarenwerk in der Lindenstraße führten. Der Inhaber dieser Firma, der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes für Berlin, verlangte Ende November 1924 die Leistung von je drei Überstunden an 10 Tagen. Nach Rücksprache mit der Betriebsleitung einigte man sich schließlich dahin, daß 14 Tage lang zwei Überstunden gemacht und am 1. Dezember, ein Montag, damit begonnen werden sollte. Nachdem wurde aber vom Betriebsleiter verlangt, daß schon am Sonntagabend vorher eine Überstunde gemacht werden sollte. Die Arbeiter lehnten dies ab, unter Hinweis auf die Bestimmungen des Tarifes. Daraufhin wurde die ganze Belegschaft ausgesperrt. Mit Rücksicht darauf, daß man in dem Vorgehen dieser Firma die Einstellung des Gesamtverbandes erkannte, wurde der Kampf vom Metallarbeiterverband aufgenommen. Die Aussperrten fanden neben der moralischen auch die finanzielle Unterstützung des Verbandes und ihrer Kollegen in den anderen Betrieben. Nach etwa 14 Tagen bekam der Deutsche Metallarbeiterverband eine Schadenersatzklage des Unternehmersyndikats, die den Metallarbeiterverband und die beteiligten Arbeiter für den Schaden haftbar gemacht wissen will, der der Firma durch ihre Aussperrung entstand. Außerdem aber wurde — wie früher selbstverständlich — gefordert, daß die Streikposten zurückgezogen würden und jede Unterstützung der Aussperrten aufhöre. Der erste Termin ist ergebnislos verlaufen.

Wie die Versammlung zeigte, sind sich nicht nur der Deutsche Metallarbeiterverband, sondern auch die Arbeiter der anderen tungsgewerblichen Betriebe darüber vollkommen klar, daß ein Mißerfolg dieses Kampfes die schwersten Auswirkungen auf die ganze Branche hätte. Der Ausgang des Prozesses bleibt abzuwarten. Er wird wesentlich davon abhängen, daß die Aussperrten und die Gesamtbranche im Kampfe fest zusammenstehen. Die Stimmung in der Versammlung ließ jedenfalls keinen Zweifel darüber, daß die kommenden Manteltarifverhandlungen im Sinne der Arbeiterschaft ausfallen müssen.

Dazu erhalten wir auf Grund des § 11 des Preßgesetzes vom Deutschen Metallwerk folgende Berichtigung: Von der Belegschaft sind lediglich diejenigen Arbeiter am 29. November 1924 kritisiert worden, die sich mel-

gerten, die Überzeitarbeit von täglich einer Überstunde zu leisten, zu der sie tarifmäßig verpflichtet waren. Die Überzeitarbeit ist auch nicht kurz vor Feierabend angefangen — wie der Tarif dies gestattet —, sie war bereits am Tage zuvor mit dem Betriebsrat vereinbart und durch diesen beauftragt worden. Auch nach der Entlassung wurde die Verweigerung der angebotenen Überzeitarbeit aufrechterhalten mit der ganz neuen und wiederum gegen den Tarifvertrag und die bisherige Übung verstößenden Begründung, daß Sonnabends grundsätzlich keine Überstunden geleistet werden. Übermüht können mithin nur die den Tarif mißachtenden Arbeiter und die sie stützenden Funktionäre des Metallarbeiterverbandes genannt werden.

Was auf diese sonderbare Berichtigung zu sagen ist, geht aus dem obenstehenden Berichtsbericht hervor. Gelungen ist, daß die Firma sich darüber entsetzt, daß die kritisierten Entlassenen sich auch nach ihrer Entlassung weigerten, Überstunden zu machen. Und solche Kappköpfe stehen an der Spitze der Unternehmerorganisation!

Wirtschaft

Eine neue Verschmelzung in der Chemischen Industrie.

Die schon im Juni 1924 begonnenen Verhandlungen zum Abschluß einer dauernden Interessengemeinschaft zwischen dem Rhenania-Berein Chemischer Fabriken A. G. Köln und der Chemische Fabriken Kunheim u. Co. A. G. Berlin sind jetzt zum Abschluß gebracht. Sämtliche Werte beider Gesellschaften werden unter einheitliche Geschäftsleitung gestellt, die Gewinne zusammengeworfen und im Verhältnis 5:4 auf die beiden Gesellschaften verteilt. Praktisch liegt eine Fusion der beiden Konzerne mit ihren 13 Werken, 6 Gruben und Steinbrüchen und ihren zahlreichen Beteiligungen vor. Die Einzelbetriebe sollen nach Möglichkeit zusammengelegt, die wissenschaftlichen, technischen und kaufmännischen Erfahrungen ausgetauscht und die bisherigen Beziehungen zu in- und ausländischen Konzernen gemeinschaftlich ausgebaut werden. Über die Chemischen Fabriken Kunheim laufen bereits Interessengemeinschaftsverträge aus dem Jahre 1923 mit der Deutsche Petroleum Rührwerke A. G. und dem Verein für chemische und metallurgische Produkte in Karlsruhe. Der Rhenania-Berein seinerseits spielt neuerdings durch seine dochwertigen potentierten Superphosphatverfahren und -mischungen eine große Rolle auf dem Düngemarkt. Beide Gesellschaften verfügen heute über ein Goldkapital einschließlich offener Reserven von 46,7 Millionen Mark. Der Rhenania-Berein allein beschäftigt fast 5000 Arbeiter und Beamte.

Die Bergbau-A. G. Das alte Kernwerk der ostdeutschen Braunkohlenindustrie hat seit 1914 eine mächtige Ausdehnung erfahren. Den Grubenüberbesitz hat es von etwa 7000 Hektar auf rund 21000 Hektar erweitert. Dazu kommen rund 50 000 Hektar neue Nutzungsfelder. Augenblicklich sollen ohne Kapitalerhöhung aus 6 Mill. Goldmark von Verwertungsaktien in der Hand der Verwaltung die wertvollen Braunkohlenbergwerke und -felder des Grafen von Rastau (Obersouff) hinzuerworben werden. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter hat sich von 3380 (1913) auf 8380 (1923) erhöht. Die Braunkohlenförderung liegt von rund 50 auf rund 125 Mill. Tonnenn, die Erzeugung von rund 1,20 auf rund 2,5 Mill. Tonnen, bei einer Erzeugungsfähigkeit (unter Zuzug der neuen Britenanstalt auf Grube Erla) von 3 Mill. Tonnen. In den 4 Ziegelleien werden heute jährlich 13,5 Mill. Stück Ziegel erzeugt, fast das Dreifache der Vorkriegsproduktion. In 60 Grub- und Kohlenbögen, über 100 Grubenzüge und Lokomotiven fördern die Braunkohle, 6 Elektrizitätswerke veranlagen 8 Britenfabriken mit 120 Pressen mit der erforderlichen Kraft. Die noch nicht abgebauten Felder sind zur landwirtschaftlichen Nutzung verpachtet. Auch die Artleitung der Belegschaft, ihre Beschaffung und Versorgung mit Lebensmitteln ist Gegenstand der Aufmerksamkeit. Über 2300 Kammern und Arbeiterwohnungen, 83 Wohn- und Schlafhäuser für 4700 ledige Arbeiter, 10 Kaufhäuser, 7 Gasthäuser, 5 Kantinen, 5 Bäder, 5 Schlachthäuser werden von der Ase Bergbau-A. G. (zum Teil durch Volksbesitz) kontrolliert und stehen als Altposten in der Bilanz. Außerdem ist sie an den Bergmann-Heimstätten, Landgesellschaft „Eigene Scholle“ und Niedert. gemeinn. Siedl.-Ges. m. b. H. beteiligt. Zu den älteren industriellen Teiligungen sind neuerdings solche an der Katodor Bergbau G. m. b. H., der Braunkohlengewerkschaft Rastau und der Barbara-Gewerkschaft A. G. hinzugekommen. — In der Goldbilanz tritt die seit 1914 erfolgte Ausdehnung deutlich zu Tage. Kapital und Reserven werden gegenüber der Vorkriegszeit verdreifacht (Kapital 50 Mill., Reserven 9,7 Mill.). Die Aktionäre werden um 12 Mill. Goldmark aus Verwertungsaktien, die die Verwertung zu Ausdehnungszwecken für sich behält, gefürzt. Da der Goldbilanzwert des gesamten Papierkapitals (350 Mill.) auf 53 Mill. Goldmark gesunken ist, das neue Goldkapital aber 30 Mill. beträgt, erhalten die Aktionäre immerhin noch 5 Mill. Goldmark über ihre Einzahlung hinaus. Dafür werden die Obligationen gläubiger auf die 15 Proz. Aufwertung beschränkt. Allein aus der Goldumstellung der Obligationen wächst der Ase A. G. ein Entwertungsgewinn von fast 4 Mill. zu. In den Aktien (gesamt 104,4 Mill.) bilden die Grubenfelder, Förderungs- und Britenanlagen den Hauptposten mit 80,3 Mill. Die landwirtschaftliche Nutzung der Grubenoberflächen ist mit 1 Mill. ein- gestellt. Die Beteiligungen sind sehr niedrig, mit 4,2 Mill., eingest.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Henke; Schriftföhrer: Ulrich Götter; Geschäftsbuchhaltung: J. Meiner; Revision: A. A. Böcher; Solales- und Contingent: Fritz Karst; Anzeigen: H. Glöde; Druck: Schmidt in Berlin; Verlag: Bornhörs-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Götz u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

1000 Strickwesten
Sportacken etc. aller Art.
Bleye's Kinder-Kleidung
zu Originalpreisen.
Billigste Quelle für Kenner
u. ausgereiften Geschmack
Bruno Richter & Co.
Fabriklager Thür. Wollwaren
Dr.-Pankov, Mühlstr. 1, Ecks Brühlstraße
9-7 Nur Einzelverkauf

Ischias
Das Buch für Mädel und Frauen:
Kinderland 1925
Preis 1,25 Mark
zu haben in der Buchhandlung
S. W. Dies und in der
Vorwärtsbuchdruckerei,
Lindenstraße 2,erner in allen
Parteiorganisationen, Bezirksämtern
und Rathhäuser nehmen ebenfalls
Bestellungen gern entgegen.

ERICH KUTTNER
SCHICKSALSGEFAHRTIN
Vom Aestheten zum Sozialisten
Ein Bekenntnisroman
in Ganzleinen
5.- Mark
Zu beziehen durch:
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstr. 2, Adl. Sartiment

1924
PAUL SCHENCK
REICHENBERGER STR. 20
KÖNIGSDAMM HOFWEG 108

komplett m. 50 cm Seiden-
schirm f. elektrisch 70.- M.
"Or Gas 45.-

9.50

8.-

aus unserer Bekanntheit-Kollektion
G-50te
Musterausstellung
in Berlin.

Bären-Stiefel
Vom 16. 19. Januar
Inventur-Verkauf!!
Sport-Stiefel
Straßen-Stiefel
Strapazier-Stiefel
Kein Wort des Lobes nötig!
Spillmarkt 7 (vor der Brücke)
Kommandantengasse 7 — Kurfürstendamm 108

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung
gestaltet h. v. Anz. d. u. wüch. II. Abzah. u. v. 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. rsatz-
l. ronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v.
3 G.-M. an. Zahn mit Beräub 1 G.-M., h. Lestrig
von Gebissen gratis Rat und Munduntersuchung gratis
1 Jahre weltgütige Garantie. Über 2000 Gebisse zur
vollsten Zufriedenheit geliefert.

Hatvam!, Danziger Strasse 1, Ecke Schön-
Vorzeiger 10%, Rabatt.

Besonders wirksam sind die **KLEINEN ANZEIGEN** in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und **billig!**